

Anlage 3

DER OBERBÜRGERMEISTER
Amt für Grünflächen und Umweltschutz

STADT  MÜNSTER

Öffentliche Berichtsvorlage

Vorlagen-Nr.:
V/0226/2011
Auskunft erteilt:
Herr Muddemann
Ruf:
492 67 79
E-Mail:
Muddemann@stadt-muenster.de
Datum:
21.04.2011

Betrifft

Antrag der SPD Fraktion Nr: A-R/0004/2011 vom 31.01.2011
"Gasbohrungen vor Münsters Toren - erst prüfen, dann informieren und Bürger beteiligen"

Beratungsfolge

12.05.2011	Bezirksvertretung Münster-Hiltrup	Bericht
17.05.2011	Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen	Bericht
08.06.2011	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung	Bericht

Zwischenbericht

Anlass

In den letzten Jahren wurden von der Bezirksregierung Arnsberg (Bergbehörde) sogenannte Bergbauberechtigungen zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen (Erdgas) zu gewerblichen Zwecken im Norden und Nordwesten des Landes NRW großflächig erteilt. Das Aufsuchungsfeld „Nordrhein-Westfalen Nord“, in dem auch Münster liegt, wurde an die ExxonMobil Produktion Deutschland GmbH (EMPG) vergeben. Für das vorgenannte Aufsuchungsfeld hat die EMPG einen Antrag auf Zulassung eines bergrechtlichen Betriebsplans zur Durchführung einer Erkundungsbohrung im Gemeindegebiet Nordwalde gestellt. Gleichartige Bohrungen sind im Bereich der Städte Borken und Drensteinfurt von dem Unternehmen geplant. Wegen möglicher Umweltauswirkungen gibt es erhebliche Diskussionen, insbesondere um den geplanten Einsatz der Fördertechnologie Fracing.

Am 29.11.2010 ist das Thema Gasbohrungen durch eine öffentliche Ratsanfrage (s. **Anlage 1**) von der Fraktion DIE LINKE in den Rat eingebracht worden. Die Antwort zur Ratsanfrage aus November 2010 wurde von der Bergbehörde der Bezirksregierung Arnsberg erteilt und ist allen Ratsmitgliedern und Fraktionen ebenso wie der örtlichen Presse zur Verfügung gestellt worden (s. **Anlage 1**). In den zurückliegenden Monaten hat sich eine intensive Diskussion um die Förderung unkonventionellen Erdgases entwickelt, in der bislang eine zufriedenstellende Beantwortung sicherheitsrelevanter Fragestellungen offen geblieben ist. Viele dieser Fragen sind mit Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2011 (s. **Anlage 2**) aufgegriffen. Ähnlich lautende Anträge der SPD sind in der Bezirksvertretung Hiltrup (A-H/0002/2011) und in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr und Wirtschaft jeweils am 20.01.2011 eingebracht worden.

Die Bezirksregierung Arnsberg führte im März ein Expertenfachgespräch durch, in dessen Mittelpunkt die Bohr- und Fracingtechnik stand. Die Frage, ob eine Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Nordrhein-Westfalen technisch möglich, wirtschaftlich sinnvoll und ungefährlich wäre, beantworteten die Fachleute differenziert, weder mit einem klaren Ja noch einem Nein. Umso deutlicher das Schlusswort von Regierungspräsident Dr. Gerd Bollermann, der zu der Veranstaltung eingeladen hatte: „Wir benötigen eine Klärung und einen wissenschaftlichen Diskurs, um die Standards festzulegen.“

Das Unternehmen ExxonMobil Produktion Deutschland GmbH hat Anfang April einen eigenen öffentlichen Informations- und Dialogprozess gestartet. Der Prozess zielt im Ergebnis auf die Bereitstellung von transparenten Kriterien für eine als sicher und umweltgerecht zu bezeichnende Anwendung der Technologie in den ExxonMobil-Projektgebieten ab und soll bis Ende des Jahres 2011 abgeschlossen sein. Die Stadtverwaltung Münster sowie die Stadtwerke Münster GmbH beteiligen sich an dem Informations- und Dialogprozess.

Weiteres Vorgehen

Vor dem Hintergrund des von der Landesregierung zu vergebenden Gutachtens zur unkonventionellen Gasförderung in NRW (s.o.) erwartet die Verwaltung für die in den Anträgen genannten Fragestellungen elementare Hinweise.

Die Verwaltung wird daher:

1. Auf der Homepage des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz Informationen zur unkonventionellen Gasförderung im Münsterland einstellen und über die örtliche Presse auf die Informationsmöglichkeit hinweisen.
2. Nach Vorlage des durch die Landesregierung beauftragten Gutachtens zur unkonventionellen Gasförderung im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen berichten und den Antrag der SPD-Fraktion abschließend beantworten.

I.V.

gez.
Thomas Paal
Stadtrat

Anlagen:

- Anlage 1** Öffentliche Ratsanfrage der Fraktion DIE LINKE und Antwort der Bezirksregierung Arnsberg
- Anlage 2** Antrag der SPD Fraktion Nr: A-R/0004/2011
- Anlage 3** Stellungnahmen der Bezirksregierung Arnsberg und des Geologischen Dienstes NRW zum Antrag A-R/0004/2011 der SPD-Fraktion
- Anlage 4** Stellungnahme der Stadtwerke Münster GmbH zur Gasexploration im Münsterland

Öffentliche **Berichtsvorlage**

Vorlagen-Nr.:
V/0930/2011
Auskunft erteilt:
Herr Muddemann
Ruf:
492 67 79
E-Mail:
Muddemann@stadt-muenster.de
Datum:
04.01.2012

Betrifft

Unkonventionelle Erdgasförderung stoppen
Antrag der Fraktion DIE LINKE. A-
R/0063/2011 vom 11.10.2011

Beratungsfolge

17.01.2012 Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen

Bericht

Bericht:

Der Antrag, „Unkonventionelle Erdgasförderung stoppen“, A-R/0063/2011, vom 11.10.2011 (**s. Anlage 1**) der Fraktion DIE LINKE. zur sofortigen Beschlussfassung wurde vom Rat in seiner Sitzung am 19.10.2011 an den Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen verwiesen, ohne eine weitere Beschlussfassung in der Sache. In dem vorliegenden Bericht werden die aktuellen Entwicklungen seit der Vorlage V/0226/2011 (**s. Anlage 2**) dargestellt, die der Oberbürgermeister vor der o.g. Ratssitzung an die Vorsitzenden der Ratsfraktionen, der Ratsgruppe UWG/ÖDP und den Rats Herrn Powroznik sandte.

Anlass der verschiedenen Anträge (**s. Anlagen**) in Münster ist der beantragte Betriebsplan für eine Bohrung im Gemeindegebiet Nordwalde und eine geplante Bohrung im Gemeindegebiet Drensteinfurt, verbunden mit der über die Landesgrenzen hinweg geführten Diskussion um die Förderung unkonventionellen Erdgases. Weder die erdgasfördernden Unternehmen noch die Fachbehörden auf Landesebene haben bisher zufriedenstellende Antworten zu relevanten Fragestellungen aus den Bereichen der hydrogeologischen und chemisch-toxikologischen Themen, des Grund- und Trinkwasserschutzes, des Landschaftsverbrauchs und der Anlagensicherheit etc. gegeben bzw. geben können. Auch die Proteste verschiedener Bürgerinitiativen haben dafür gesorgt, dass von Seiten des Landes Nordrhein-Westfalen, der Fa. ExxonMobil bis hin zum Bundesumweltministerium bzw. Umweltbundesamt Expertisen erarbeitet bzw. in Auftrag gegeben wurden.

Die Aktivitäten:

1. Der einzige bisher in Nordrhein-Westfalen bei der Genehmigungsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) gestellte Betriebsplanantrag für eine Bohrung mit Frac-Option in Nordwalde wird nicht vor dem Sommer 2012 entschieden (s. unter 3.), so die Mitteilung der Bezirksregierung Arnsberg, geregelt im gemeinsamen Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV) sowie des Ministeriums für Klima-

bezugs für die Stadt Münster bildet. Ein Betriebsplanantrag für eine Bohrung im Einzugsgebiet wurde bisher nicht gestellt. Die Stadtwerke Münster GmbH betrachtet die Entwicklung zur Erdgasexploration mit großer Sorge, da sich hieraus ein Risikopotential für die künftige Trinkwasserversorgung entwickeln kann. Diese Bedenken beziehen sich bereits auf konventionelle Probebohrungen, gelten aber in noch stärkerem Maße für das fragliche Fracing. Daher hat das Unternehmen bereits im Januar 2011 seine kritische Haltung zur unkonventionellen Gasförderung bzw. zum Fracing im Umland von Münster in einem Positionspapier gegenüber den Bezirksregierungen Arnsberg und Münster zum Ausdruck gebracht.

Fazit:

Seit Herbst 2010 wird das Thema unkonventionelle Gasförderung in der Öffentlichkeit sowie von wissenschaftlicher Seite diskutiert. Eine intensive Prüfung des Themas auf Landes- und Bundesebene in seiner Gesamtheit ist auf den Weg gebracht. Ergebnisse sind bis Mitte 2012 zu erwarten. Wie schon in der Vorlage V/0226/2011 zum weiteren Vorgehen angekündigt, hat die Verwaltung Informationen zur unkonventionellen Gasförderung im Münsterland auf der Homepage des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz eingestellt. Die Verwaltung wird nach Vorlage des durch die Landesregierung beauftragten Gutachtens zur unkonventionellen Gasförderung im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen berichten und die Anträge abschließend beantworten.

Aus Sicht der Verwaltung sind zuvor keine weiteren Aktivitäten oder Beschlüsse erforderlich.

gez.

Thomas Paal
Stadtrat

Anlagen